

Blickpunkt Kantone

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Schule**

Band (Jahr): **75 (1988)**

Heft 3: **Umgang mit schulischer Belastung**

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

BE: Berner Primarlehrer wehren sich gegen Oberstufenreform

In der Lehrerschaft der Stadt Bern macht sich Aufregung breit. Der Grund: Die Schuldirektion plant eine in den Details bisher nicht öffentlich bekannte, weitreichende Oberstufenreform. Diese sieht unter Einhaltung des Prinzips der dauernden Durchlässigkeit eine Zusammenführung der Sekundar- und Primarschulzüge zu einer gemeinsamen Schule vor. Schuldirektorin Gret Haller möchte die Oberstufenreform noch in diesem Jahr politisch durchziehen. Aus dem Kreis der um ihren Status fürchtenden Primarlehrerschaft ist Grundsatz-Opposition angesagt.

UR: Kindergarten bleibt freiwillig

Der Besuch des Kindergartens bleibt im Kanton Uri weiterhin freiwillig. Wie Erziehungsdirektor Hans Danioth erklärte, hat man die Einführung des Kindergartenobligatoriums als nicht dringend erachtet: «Gegenwärtig ermöglichen 18 von 20 Gemeinden einen Kindergartenbesuch. Den kantonalen Schulvogt deshalb noch zu bemühen, wäre doch nicht sinnvoll. Viel besser ist die freiwillige Einführung des Kindergartenbesuchs. Zudem sind wir erst kürzlich an einer Sitzung des Erziehungsrates darüber informiert worden, dass auch Spiringen die Absicht hat, sich dem bestehenden Wanderkindergarten anzuschliessen.» Neben Spiringen steht zurzeit nur noch die andere Schächentaler Berggemeinden Unterschächen im «Kindergarten-Abseits». Von den im Schuljahr 86/87 eingeschulten 492 Erstklässlern haben lediglich 26 (5,3 Prozent) keinen Kindergarten besucht. Während 1971 nur 55 Prozent der Urner Kinder aus den sechs grösseren Gemeinden einen Kindergarten besuchen konnten, haben heute insgesamt 93,7 Prozent der Urner Kinder diese Möglichkeit.

SZ: Neulehrer werden Probleme auf der Stellensuche haben

Die Umstellung auf den neuen Schuljahresbeginn hat für angehende Lehrkräfte Auswirkungen. Sie werden noch weniger als bisher Stellen finden. Im kommenden Frühjahr wird es kritisch. Doch mittelfristig sehen die Prognosen bereits wieder besser aus, zumal für die neunziger Jahre ein Lehrermangel erwartet wird.

Das Langschuljahr 1988/89 in etlichen der Konkordatskantone wird den heute berufstätigen Lehrern dank längerer Ferien und weniger Stoffdruck viele Freiräume und auch Weiterbildungsmöglichkeiten bringen. Dies hat zur Folge, dass sie weniger als sonst ihre Stellen wechseln oder in die Weiterbildung gehen werden. Was wiederum umgekehrt für die Neulehrer Probleme bringt: Sie finden noch weniger als bisher eine Anstellung. Das Stellenangebot sei deshalb äusserst knapp, bestätigte Seminardirektor Iwan Rickenbacher an der traditionellen

Jahresbilanz. Mittelfristig konnte er indessen eine konträre Prognose abgeben: Es steht ein Lehrermangel ins Haus...

SZ: Mittelschulgeld soll wegfallen

Schwyz gehöre heute zu den letzten verbliebenen Kantonen, die für den Besuch einer Mittelschule noch ein Schulgeld erheben, kritisiert ein parlamentarischer Vorstoss. Das Schulgeld beträgt derzeit jährlich 800 Franken pro Mittelschüler aus dem Kanton Schwyz, 3200 Franken für ausserkantonale Mittelschüler. In einem Postulat wird im Kantonsrat verlangt, dass die Regierung künftig auf die Erhebung eines Schulgeldes für die Schüler aus dem Kanton Schwyz ganz verzichten soll. Laut Schulverordnung setze ja die Regierung das Schulgeld fest, also könne sie es auch ohne weiteres auf null reduzieren.

Vor vier Jahren ist zwar bereits ein diesbezügliches Postulat erheblich erklärt worden. Darauf wurde das Schulgeld in zwei Schritten um 400 Franken gesenkt, jenes für ausserkantonale Schüler angehoben. Trotz dieser Senkung für kantonsinterne Schüler aber befindet sich Schwyz bezüglich der Ausbildung von Maturanden noch immer unter dem schweizerischen Mittel. Mitverantwortlich sei sicher wegen dem Schulgeld die heute noch nicht garantierte Chancengleichheit.

Sollte die Regierung tatsächlich gemäss Postulat das Mittelschulgeld definitiv streichen, würde der Staatskasse ein Einnahmehausfall von jährlich rund 850'000 Franken entstehen. Angesichts der gesunden Finanzlage des Kantons sei dies verkraftbar. Zumal damit das Ausbildungsniveau angehoben werden könne, was letztlich für die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons von grosser Bedeutung sei, schreiben die Postulanten.

SZ: Neuntes Schuljahr wird obligatorisch

52 befürwortenden standen 32 ablehnende Stimmen gegenüber, nachdem im Schwyzer Parlament über eine Motion zur Einführung des neunten obligatorischen Schuljahres debattiert worden war. Schon seit Jahren wird im Kanton Schwyz das neunte Schuljahr an allen Oberstufen-Schulorten angeboten und von rund 90 Prozent der Schüler auch freiwillig besucht. Jetzt hat die Regierung eine Vorlage auszuarbeiten, welche das neunte Schuljahr künftig obligatorisch erklärt.

Vor 14 Jahren war im Kanton Schwyz das achte Schuljahr obligatorisch erklärt worden. Seither wird das neunte Schuljahr als freiwilliges Angebot an allen Oberstufen-Schulorten geführt. Dessen Besuch hat in den vergangenen Jahren immer mehr zugenommen. Erziehungsdirektor Karl Bolting ist überzeugt: «Der Zeitpunkt für die bereits 1972 in Aussicht genommene Obligatorisch-Erklärung ist reif. Damit erfüllen wir auch die letzte Pflicht des interkantonalen Schulkonkordates.»